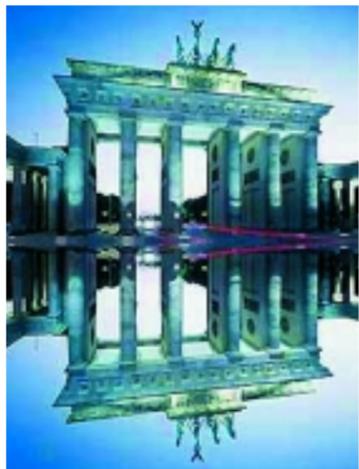


Berlin – die Stadt der Geschichte

Bereits zum zweiten Mal startete das Jugendamt vom 25. bis 28. März 2002 eine Fahrt nach Berlin mit den Themenschwerpunkten "Deutsche Geschichte" und "Rechtsextremismus". Teilnehmen konnten Jugendliche ab 14 Jahren. Auf Grund der erfolgreichen ersten Fahrt nach Berlin waren dieses Mal alle 40 Plätze innerhalb einer Woche ausgebucht. Als Begleitung führen drei Mitarbeiter des Jugendamtes, zwei Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und zwei Mitarbeiter des Kreiskinderheimes mit.

Die Fahrt nach Berlin ging per Bustransfer und die Gruppe hatte sich bei Ankunft in Berlin bereits gut zusammengefunden. Unsere Unterkunft war eine Pension auf der Kantstrasse, mitten im Herzen Berlins. Von hier aus starteten die Jugendlichen ihre Berlinerkundung. Nach dem gemeinschaftlichen Frühstück standen dann jeweils Besichtigungen auf dem Programm. Das waren der Besuch des Reichstagsgebäudes mit Führung und Besichtigung des "Bundestags-Plenarsaals", Führung durch die Ausstellung "Topographie des Terrors" im ehemaligen Reichssicherheitshauptamt der NSDAP, Besichtigung der Anne-Frank-Ausstellung, Besichtigung und Führung der ehemaligen Bürstenfabrik von Otto Weidt (er versteckte und rettete damit Juden während der NS-Herrschaft) sowie eine Führung durch das KZ Sachsenhausen (Internierungslager der Nazis). In Sachsenhausen wurden Homosexuelle, Arbeitslose, Juden, Kriminelle und auch

politische Gegner inhaftiert und getötet. Zu Kriegsende hin wurden hier sogar Kriegsgefangene hingerichtet. Viele der Jugendlichen kamen hier erstmals mit dieser Vergangenheit in direkte Berührung.



Man konnte sichtlich feststellen, dass Ihnen die Ereignisse, die hier stattgefunden haben, zu denken gaben. Der Lautstärkepegel verstummte stärker als sonst. Herr Bielstein, der in dem Thema sehr bewandert ist, hielt einen Vortrag über zwei Einzelschicksale aus Remscheid. Weiterhin

erklärte er den Tagesablauf in einer KZ-Baracke und die damit verbundenen Umstände des "LEBENS" im Konzentrationslager. Dabei fiel auf, dass vielen Jugendlichen der Zugang zum Thema fehlte. Diese Zeit wird im Geschichtsunterricht erst später unterrichtet. Hier wäre es sicherlich gut, einen Vorbereitungsnachmittag vor der Fahrt anzubieten, um die Jugendlichen an das Thema heranzuführen. Die Teilung Berlins, die vielen Jugendlichen auf Grund Ihres Alters nicht so sehr bewusst war, wurde bei einer Stadtrundführung zu Fuß mit dem Besuch der East-Side-Gallery sowie dem wieder aufgebauten Checkpoint "Charly" plastisch. In Ihrer Freizeit genossen die Jugendlichen natürlich viele der Freizeitmöglichkeiten, die eine Großstadt wie Berlin bietet. Aber genau diese Mischung zwischen Programm und Freizeit machte es möglich, dass die Jugendlichen nicht auf ein Null-Bock-Niveau abbauten, sondern immer wieder am Thema mitarbeiteten. Leider reicht der Platz nicht, denn es könnte noch einiges von dieser Fahrt berichtet werden.

Fazit: Solange es sich eine Stadt wie Wermelskirchen leisten kann, solche Fahrten zu unterstützen, sollte sie es tun. Einen besseren Anstoß zum Nachdenken über Fremdenhass oder Rechtsextremismus können eine Stadt und Ihr Jugendamt nicht bieten. dw

Haushalt 2002

Man kann grundsätzlich mit dem städtischen Haushalt für 2002 zufrieden sein, wurde er zu einer Zeit ungünstigster Prognosen und Rahmenbedingungen aufgestellt und birgt er gerade aufgrund konjunktureller Unwägbarkeiten große Risiken. Für die WNK wäre es einfach gewesen, Knackpunkte im Haushalt zu konstruieren, ihn nicht mit zu tragen und sich damit aus der Verantwortung zu stehlen und das Risiko allein der CDU/ÜWG zu überlassen. Das wäre allerdings billig und nicht Stil der WNK gewesen. So hat die WNK die für sie bedeutsamen Eckpunkte im Haushalt formuliert und beantragt:

- **15%-ige Kürzung in den Bereichen Schule, Kultur, Sport, Jugend, Soziales:** Diese von der Verwaltung bei Erarbeitung des Planes vorgenommene lineare Kürzung um 15% konnte bei Verabschiedung des Haushalts auf 10% reduziert werden. Für die WNK haben sichere Finanzen Vorrang gegenüber opportunistischen Gefälligkeiten. Die WNK hat es sich daher mit dieser Entscheidung nicht leicht gemacht und ihre letztendliche Zustimmung erst nach langen Gesprächen insbesondere mit der Kämmerei erteilt, die diese Reduzierung der Kürzung für vertretbar hielt.

- **Sanierung Brunnen Karl-Leverkus-Straße:** Diese wurde aus den Haushaltsplanberatungen ausgegliedert und unverzüglich bereits im vergangenen Jahr in Angriff genommen. Mittlerweile ist die Reparatur beendet.

- **Infoterminal/Stadtnavigator:** Dieses Projekt wird im Rahmen der Konzepterarbeitung "Virtuelles Rathaus" mit bearbeitet.

- **Stadtpark Jörgengasse:** Dieser ist im Frühjahr 2002 fertiggestellt worden.

- **Erhöhung Zuschuss Tierheim:** Aufgrund der prekären finanziellen Situation der Stadt hat die WNK ihren Erhöhungsantrag für das Jahr 2002 zurückgezogen. Sie konnte allerdings erreichen, dass die bisherigen Zuschüsse im Zuge der Sparmaßnahmen nicht gekürzt wurden.

- **Kunstoffverstärkung des Eifgenstadions:** Diesen Antrag hat die WNK zurückgestellt. Zunächst soll die Nutzung des gerade eröffneten "Mittelplatzes" Eifgen und die verstärkte Nutzung des Rasenplatzes beobachtet werden. Während der von der WNK beantragte "Mittelplatz" sehr gut angenommen wird, lässt der Zustand des nach Meinung der Verwaltung "erst in 10 bis 15 Jahren" sanierungsbedürftigen Rasenplatzes Übles ahnen. Aber dem ist sich ja die gesamte Sportriege der CDU/ÜWG wohl bewusst.

- **Anschaffung von zwei weiteren mobilen Geschwindigkeitsanzeigergeräten:** Leider sah sich die Verwaltung hierzu nicht aus finanziellen sondern aus personellen Gründen nicht in der Lage: Aufstellen der Geräte und Auswerten der Daten sind von der Verwaltung nicht machbar. Schade!!! Bei einem Unternehmen der freien Wirtschaft passiert das nicht, die Gesellschafter würden zu reagieren wissen. Nicht so die Politik in Wermelskirchen: sie lässt diese Lagebeschreibung widerstandslos über sich ergehen.

- **Tempo-30-Piktogramme in den Wohngebieten:** Wo nachweisbar Bedarf besteht (die Messungen werden mit vorbeschriebenem Gerät durchgeführt!) sollen weitere Piktogramme auf die Straßen aufgemalt werden Mittel stehen hierfür zur Verfügung. Die WNK wird nachhalten und fragen, ob die Verwaltung ihrem gegebenen Wort nachkommt.

- **Überquerungshilfe Wüstenhof:** Auf Antrag der WNK wurden die Mittel in den Haushalt des Kreises aufgenommen. Sie soll in 2002 gebaut werden.

- **Betriebskosten Jugendzentrum Bahndamm:** Aufgrund der nachvollziehbaren Berechnungen der Jugendinitiative beantragte die WNK die Anpassung der Betriebskostenzuschüsse. Dem Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU entsprochen.

- **Verbesserung der Trainingsbedingungen für Leichtathleten im Eifgenstadion:** Was mit einem freundlichen Anschreiben und Einladung des WTV zu einer Präsentation an alle Fraktionen begann, endete im Sportausschuss einmal mehr in dem

schon für diesen Ausschuss legendären von der CDU/ÜWG angerichteten Chaos. Der gut gemeinte Brief des WTV war ungehört verhallt, es gab kein Konzept von Verwaltung und/oder Politik, Mittel standen nicht im Haushalt. Um von diesem Offenbarungseid abzulenken, schoss man sich seitens CDU/ÜWG auf die WNK ein, die einen Antrag hierzu gestellt hatte: "Es sei doch eine Unverschämtheit, so einen Antrag zu stellen! – Es gäbe doch ein 5-Jahresprogramm!" Also Sportvereine aufgepasst: wenn es der CDU/ÜWG nach geht, kann man in Wermelskirchen alle 5 Jahre betreffs der Renovierung, Optimierung etc. von Sportstätten laut geben. Die nächsten Termine sind 2005, 2010, 2015...

Zudem musste man den Eindruck gewinnen, dass der WTV, der fälschlicherweise von der CDU immer als ihre "Hochburg" hingestellt wird, aufgrund seiner Kontaktaufnahme auch zur WNK sogar unter Druck geriet. Es schien so, dass es einigen Aktiven beim WTV geradezu peinlich war, dass sich die WNK für ein Anliegen des WTV einsetzte. Aber keine Sorge WTV: wir helfen auch weiter, wenn Not am Mann ist!

- **Sachausgaben Rat und Fraktionen:** Der Antrag der WNK auf Neuverteilung der Fraktionsräume, der eine Ersparnis von 5000,00 zur Folge gehabt hätte, wurde abgelehnt. Keine andere Fraktion war aus Prestige Gründen bereit, von ihrem hohen Ross herabzusteigen.

- **PCB-Sanierung Grundschule Ost und Realschule**
Dem WNK-Antrag auf Durchführung unabhängiger Zweitmessungen wurde entsprochen. Auch sollen Umwelt- und Schulausschuss Anfang 2002 ein tragfähiges und nachhaltiges Gesamtkonzept erarbeiten, dass den zukünftigen Einsatz größerer Geldmittel zu optimalen Ergebnissen für diese Aufenthaltsstätten unserer Kinder führen lässt.

- **Stadtmarketing:** Dieser Bereich bleibt das Stiefkind der Wermelskirchener Kommunalpolitik. Nicht nur dass der Citymanager nach wie vor sein Dasein auf dem Speicher des Rathauses fristet, auch sein Hüppkonzept wurde dabei direkt versenkt: Das Sonnensegel, Eckpfeiler einer optimalen Nutzung der Hüpp-Anlage flog einfach davon. (Die Leidenfähigkeit der Wermelskirchener FDP in ihrem Bündnis mit der CDU/ÜWG scheint von letzteren stets auf Neue getestet zu werden: wurde in 2001 die von der FDP zurecht beantragte Stadtwacht beerdigt, folgte für 2002 die Demontage des Sonnensegels. Auch die Kürzung der von der WNK unterstützen FDP-Forderung nach Kürzung der Fraktionszuwendungen fand keine Mehrheit. Aber solange sich die FDP in Nähe des CDU/ÜWG-Clubs wohl fühlt...) Dass Anträge der WNK, dem Stadtmarketing mehr Mittel zur Verfügung zu stellen gnadenlos niedergestimmt wurden, bedarf wohl keiner weiteren Kommentierung.

- **Kreisverkehr Schillerstraße:** Die Vorstellung der WNK diesen Kreisverkehr aus verschiedensten Gründen (Testphase, Kirmes, Innenstadtkonzept, Sondertransporte etc.) weiterhin mobil zu belassen, fand bei den Betonfraktionen keine Mehrheit. Es wird gebaut, und zwar kräftig, und dies für 33.000 €. Schönen Gruß an den Bund der Steuerzahler!

- **Verkauf Grundstück Kenkhausen:** Nach wie vor ist die Marschroute der Verwaltung hierbei nicht eindeutig und somit verdächtig: die Stadt will trotz der angespannten Finanzsituation am Besitz des Grundstücks festhalten, weigert sich aber offenzulegen wofür und warum.

- **Verkauf städtische Häuser Bachstraße**
Anstelle die Häuser für 193.000 € zu sanieren, beantragte die WNK ihren Verkauf. Ein Investor, der unter Wahrung aller Schutzrechte für die Mieter Interesse gezeigt hatte, war zwar im Rathaus bekannt, nicht jedoch der Verwaltungsspitze. Somit fand eine Geisterdiskussion bar jeglicher Hintergrundinformationen statt, die der Mehrheitsmeinung führte, die Liegenschaften sollten bei der Stadt bleiben und saniert werden.

- **Abschaffung Jagdsteuer:** Die Jäger übernehmen unendlich gemeindliche Aufgaben, wie z.B. den Abtransport verunfallter Tiere aus dem Straßen

Halbzeit

Zur Halbzeit der Wahlperiode hat die WNK durch eine Neuordnung der Zuständigkeiten eine organisatorische Umstrukturierung vollzogen. Verbunden mit den entsprechenden Ausschussumbesetzungen sind für die folgenden Aufgaben- und Themenfelder jetzt zuständig:



Für den Bereich Abwasser, insbesondere in den ländlichen Räumen Wermelskirchens, Jan Paas (☎ 89301)



Die Sozialpolitik liegt bei der WNK jetzt in den Händen von Gerd Weitmann (☎ 973464).



Henning Rehse (☎ 3933) bearbeitet als Vertreter in der Lenkungsgruppe Neue Steuerungsmodelle die Reform und Steuerung der Stadtverwaltung.



Für Schulpolitik ist wieder der langjährige Schulausschussvorsitzende Rüdiger Bornhold (☎ 02193/1633) verantwortlich, dem als aufzubauende und nachrückende Vertreterin für diesen Bereich Sandra Kornfeld (☎ 974171) zur Seite steht.



Die Kulturpolitik bearbeitet Bettina Bernhard (☎ 02193/1633), auch Mitglied im Vorstand des Kunstvereins.



Dirk Wartmann (☎ 02193/532581) nimmt nunmehr die Sprecherfunktion der WNK in der Jugendpolitik und im JHA wahr.

Folgende Bereiche blieben unverändert:

Dhünn:
Jan Paas
(☎ 89301)

Energiebeirat:
Sandra Kornfeld
(☎ 974171)

Kattwinkelsche Fabrik/
Umwelt: Henning Rehse
(☎ 3933)

Stadtentwicklung/Senioren:
Klaus Hake (☎ 90255)

Verkehr/Energiebeirat:
Helmut Hauda (☎ 93612),

Sport, Freizeit, Naherholung:
Norbert Kellner (☎ 84735)

Dabringhausen:
Hajo Geiser (☎ 02193/3274)



Kommunalpolitik für Jedermann

Heute: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Nach §26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) können Bürger beantragen, dass sie an Stelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst entscheiden.

Das Verfahren ist zweistufig und beginnt mit dem Bürgerbegehren. Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden, die zu entscheidende Frage benennen, eine Begründung sowie einen Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Das Bürgerbegehren ist nur zulässig, wenn eine bestimmte Anzahl von Personen durch Unterschriften das Bürgerbegehren unterstützt. Ausreichend wäre im Falle Wermelskirchens eine Unterstützung von 7% der Bürger der Stadt. Nach Eingang des Bürgerbegehrens hat der

Rat festzustellen, ob das Bürgerbegehren zulässig ist oder nicht. Ist das Bürgerbegehren nach Auffassung des Rates unzulässig, kann gegen die ablehnende Entscheidung des Rates durch die Vertreter des Bürgerbegehrens Widerspruch eingelegt werden. Hält der Rat das Bürgerbegehren für zulässig, hat er die Möglichkeit, dem Bürgerbegehren zu entsprechen.

Entspricht der Rat dem Bürgerbegehren nicht, so muss innerhalb von 3 Monaten der sogenannte Bürgerentscheid durchgeführt werden. Bei dem Bürgerentscheid müssen die Bürger der Gemeinde die gestellte Frage mit "ja" oder "nein" beantworten. Der Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen den Bürgerentscheid mit "ja" beantwortet hat und diese

Mehrheit mindestens 25% der stimmberechtigten Bürger der Gemeinde oder Stadt ausmacht. Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses. Mit dem Bürgerbegehren/Bürgerentscheid kann im übrigen auch ein Ratsbeschluss abgeändert werden.

§26 Abs. 5 der GO NRW enthält eine Auflistung von Angelegenheiten, die nicht Gegenstand eines Bürgerbegehrens/Bürgerentscheids sein können wie zum Beispiel die innere Organisation der Stadtverwaltung, der städtische Haushalt einschließlich der kommunalen Abgaben, Bebauungspläne, Angelegenheiten für die der Rat nicht zuständig ist, Angelegenheiten, über die innerhalb der letzten zwei Jahre bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist. by

raum. Diese Aufgabe müsste ansonsten von den Kreisen mit erheblichen Kostenaufwand getragen werden. Zudem sind die Jäger qua Grundgesetz als Naturschützer anerkannt, werden hierfür jedoch sogar noch steuerlich zur Kasse gebeten. Daher hält die WNK die Abschaffung der Jagdsteuer für zeitgemäß und angebracht. Bei den Haushaltsplanberatungen bestand jedoch aufgrund der schwierigen Finanzlage im Kreis nicht die Möglichkeit, die Steuer für 2002 schon abzuschaffen.

Andere von der Verwaltung selbst in den Haushaltsplan aufgenommene Punkte wie die längst überfällige Sanierung der Umkleiden am Sportplatz Pohlhausen, die Sportplatzzufahrt Pohlhausen, die Fußgängerbrücke Belten, der gesamte Komplex der Innenstadtsanierung, der exakt nach dem Antrag der WNK jetzt erfolgende Umbau der BAB-Auffahrt Dortmund mit Anschluss von EKZ und OBI wie auch die generelle solide Ausrichtung des gesamten Haushaltsplans für 2002 führten zur einstimmigen Zustimmung der WNK zum Haushalt 2002. rb

Ordnung und Sicherheit in Wermelskirchen

Lebt man in Wermelskirchen sicher? Herrscht in Wermelskirchen Ordnung? Auf den ersten Blick und verglichen mit der Kriminalitätsstatistik von Großstädten kann man sich seines Lebens in dieser Stadt schon sicher sein.

Beim zweiten Hinsehen gibt es jedoch schon Defizite:

- Farbschmierereien und Graffiti an Fassaden
- Verunreinigungen durch Abfälle und Hundekot
- Ausreißen von Zierpflanzen aus Grünanlagen
- Belästigungen, Pöbeleien und Betteleien
- Drogenkonsum und exzessiver Alkoholgenuß in der Öffentlichkeit
- Randalen und Vandale in Anlagen und auf Kinderspielflächen usw.

Zudem versetzen Horden von gewaltbereiten jugendlichen Spätaussiedlern nicht nur ihre Altersgenossen zeitweise in Angst und Schrecken.

Dass alle o.a. Punkte durch staatliche Gesetze und städtische Verordnungen untersagt und ihre Sanktionierung geregelt ist, sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Nur gilt auch hier der Satz "Wo kein Kläger, da kein Richter!". Zwar werden die Zustände beklagt, es fehlen jedoch die Mittel, sie zu unterbinden bzw. die Täter zu bestrafen. Letztere laufen in Wermelskirchen kein großes Risiko, bei ihrem Tun gefasst zu werden.

Wer ist aber zuständig? Wer kann Einhalt gebieten? Die in NRW ohnehin unterbesetzte und mit anderen wichtigen Aufgaben betraute Polizei mit Sicherheit nicht! Die WNK hat daher bereits im April 1999

einen Antrag "Netzwerk Ordnungspartnerschaften" in den Rat eingebracht. CDU und UWG konnten mit dem Thema herzlich wenig anfangen, für SPD und GRÜNE gehörten die Vorschläge der WNK fast schon in die rechte Ecke. Nach der Kommunalwahl 1999 wurde das Thema dann von der örtlichen FDP erneut ihren "Partnern" CDU und UWG angetragen, das Stichwort hieß "Stadtwatch". Hierbei sollte städtisches Personal u.a. den oben angeführten Problemen nachgehen. Dieses Projekt wurde dann im Zuge des städtischen Sparpakets 2001/2002 geopfert. Doch die Probleme sind geblieben und verschärfen sich zusehends.

Ende 2001 fühlte sich dann auch die örtliche CDU bemüht, zumindest Teilaspekte der Problematik in ihrem Antrag "Sauberkeit in unserer Stadt" zu behandeln. Auch hier werden erneut sicherlich sinnvolle Vorschläge und Forderungen formuliert, die entscheidende Frage nach dem "Wer setzt es um, wer kontrolliert es?" wird jedoch nicht beantwortet.

Die Politik ist jetzt dringend gefragt: sie darf nicht nur den Mund spitzen – jetzt muss auch gepfiffen werden. Ein Anfang ist vielleicht gemacht: ab Juni kommt aufgrund der Vorfälle vom vergangenen Sommer in der Unterkunft für ausländische Flüchtlinge an der Beltener Strasse in allen Unterkünften für ausländische Flüchtlinge und Spätaussiedler ein Sicherheitsdienst zum Einsatz, der für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Die ab diesem Sommer gemachten Erfahrungen sollten dann zu weiterem Nachdenken veranlassen: möglicherweise stellt die Kombination aus Ordnungspartnerschaften, Stadtwacht und Sicherheitsdienst die Lösung bei der Bekämpfung der Probleme dar.

Eins ist mittlerweile unstrittig: ohne den Einsatz zusätzlicher "Sicherheitskräfte" werden sich die Probleme nicht erledigen. hr

Vereine stellen sich vor: IG Windstille

Die "IG Windstille für Wermelskirchener Wohngebiete" wurde im November 2001 von zunächst 40 Mitgliedern gegründet, um den Bau von Windkraftanlagen (WKA) in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung zu verhindern. Mittlerweile besteht die IG Windstille aus 100 Mitgliedern, hauptsächlich betroffenen Anwohnern aus den Dörfern Buchholzen, Durholzen, Kovelsberg, Oberhebbinghausen und Süppelbach



sowie aus Eipringhausen und Dreibäumen. Zum Vorsitzenden der IG wurde Andreas Schröder aus Durholzen gewählt, jede der genannten Ortschaften stellt einen Vertreter. Wir, die Mitglieder der IG Windstille, ver-

treten die Auffassung, dass der Nutzen von WKA (insbesondere in der Nähe von Wohnanlagen) in einem krassen Missverhältnis zu den massiven Beeinträchtigungen steht, die wir als Anwohner hinzunehmen hätten. So waren Ende 2001 ca. 11.500 Windkraftanlagen in Deutschland in Betrieb. Deren Anteil am Gesamtstromverbrauch betrug ca. 3 Prozent. Zur Beurteilung des Faktors "Umwelt- und Klimaschutz" im Hinblick auf eine mögliche CO2-Reduzierung ist aber der Anteil am Gesamtenergieverbrauch relevant. Dieser lag in 2001 bei noch nicht einmal 0,3 Prozent. Die Reduzierung des CO2 Ausstoßes beträgt aber nur ein Bruchteil dieses ohnehin schon sehr kleinen Anteils. Denn aufgrund der Unzuverlässigkeit der Energiequelle Wind müssen Wärmekraftwerke nach wie vor vorgehalten werden und kein Kraftwerk wird aufgrund einer auch noch so stark steigenden Anzahl von Windkraftanlagen abgeschaltet werden können.

Diesem sehr geringen - ja fast nicht vorhandenem - Nutzen stehen eine Reihe von Nachteilen für die Allgemeinheit gegenüber, da die Anlagen hauptsächlich durch garantierte Abnahmepreise (17,8 Pf/KWH im Vergleich zu ca. 5 Pf/KWH für konventionellen Strom) und durch steuerliche Abschreibungen für die Betreiber lukrativ gemacht werden. Den Preis dafür zahlen alle Stromverbraucher und Steuerzahler. Desweiteren führen die weithin sichtbaren bis zu 140 Meter hohen Anlagen zu einer starken Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Als weitere Nachteile können noch Unfallgefahren durch Eiswurf und abgebrochene Teile (die dann mehrere hundert

Neue Steuerungsmodelle

Der Weg in eine moderne Verwaltung?!

Anfang 2002 war die Arbeitsgruppe Neue Steuerungsmodelle eigentlich schon mausestot. Die Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Politik, die die Verwaltung effizienter arbeiten lassen sollte, stand kurz vor der Auflösung. Enorm waren die Widerstände aus Politik und Verwaltung, enorm deren Beharrungsvermögen gegen die Überlegungen und Vorschläge dieser Arbeitsgruppe. Außerhalb der WNK gab es kaum Leute, die den wirklichen Sinn und die Ziele dieser Arbeitsgruppe verstanden hatten und bereit waren, sie umzusetzen. So standen Anfang Januar der Bürgermeister und die WNK nahezu alleine auf weiter Flur mit dem todkranken Patienten "Neue Steuerungsmodelle". Doch konstruktive Vorschläge und Überzeugungsarbeit der WNK haben sich erneut gelohnt: in der Ratssitzung im März konnte der Bürgermeister bekanntgeben, dass sich die Mehrheit der Fraktionen für eine Fortsetzung der Arbeit in der Gruppe ausgesprochen hat.

Damit ist der weitere Weg zum Umbau der Wermelskirchener Stadtverwaltung hin zu einem effizient und kundenfreundlich arbeitenden Dienstleistungszentrum frei. Nachdem im ersten Schritt die Leistungen der Verwaltung kostenmäßig erfasst wurden, Produkte beschrieben wurden etc. beginnt nunmehr die zweite Arbeitsphase:

- Aufzeigen und Reform von Strukturen in Verwaltung und Politik
- Darstellung und Optimierung von Prozessketten
- strategisches Management
- Formulierung von Zielen des politischen und Verwaltungshandeln in Wermelskirchen

- Zielvereinbarungen zwischen Politik und Verwaltung

Dass dies noch ein steiniger Weg ist, vorgezeichnete Punkte umzusetzen, ist unbestritten. Aber anders wird der Umbau der Verwaltung nicht machbar sein. Auch die Politik muss hier gewaltig umdenken: Lediglich Grobziele müssen mit der Verwaltung erarbeitet, diskutiert und vereinbart werden. Dann muss der Verwaltung allerdings auch seitens der Politik die Möglichkeit zum konsequenten Arbeiten hieran gegeben werden. Kleinkarierte Erbsenzählerei zum Zwecke der politischen Selbstdarstellung ist dann seitens der Fraktionen fehl am Platze.

Bei der Vereinbarung der Grobziele und der Abschätzung des hieraus resultierenden Arbeitsbedarfes darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Verwaltung auch noch freie Kapazitäten für die kleineren Probleme des täglichen Lebens in dieser Stadt sich freihalten muss. Der klappernde Gullydeckel, der verschmutzte Park, das sprießende Unkraut usw. müssen sofort in Angriff genommen werden. Andernfalls wird das dann doch an die Politik herangetragene, die ihrerseits dann wieder in unzähligen Anfragen, Anregungen bzw. Aufregungen wertvolle Zeit und Kraft auf allen Seiten bindet. Ein Versuch lohnt sich allemal! hr

„Die Verkehrsschau in Wermelskirchen“

Schau oder Show?

Eigentlich ist die Verkehrskommission, auch Verkehrsschau genannt, ein Behördentermin. An ihm nehmen Behördenvertreter der Straßenbausträger Stadt, Kreis, Land und Bund, der Polizei, der Verkehrsbetriebe usw. teil.

Bei dieser Besprechung werden Themen erörtert und beschlossen, die Dinge des Straßenverkehrs in Wermelskirchen regeln: Beschilderung, Tempobeschränkungen, Park- und Halteverbote usw. – Dinge also, die die Wermelskirchener Bürger tagtäglich betreffen.

Die Anträge an die Verkehrskommission kann jeder richten: Behörden, Fraktionen, Ratsmitglieder, aber auch jeder Bürger. Bis zum Jahr 2000 gab es von jeder Sitzung ein gut verständliches Protokoll, aus dem alle erforderlichen Informationen hervorgingen. Dies wurde Anfang 2001 klammheimlich abgeschafft: es gibt nur noch eine Kurzfassung, aus der Antragsteller, Thema und Entscheidung hervorgehen. Die Gründe für die Entscheidungen lassen sich kaum mehr nachvollziehen. Warum dies aber?

Sinnvolle Anträge von Wermelskirchener Bürgern wie auch der WNK werden abgelehnt:

- Der Agnes-Miegel-Weg bekommt kein Sackgassenschild, obwohl er eine solche ist. Die Anlieger wüsten dies doch, so die Begründung. Wieso es denn überhaupt noch Sackgassenschilder in Deutschland gibt, muss man sich da ernsthaft fragen. Wohl kaum für die Anlieger sondern vielmehr für Auswärtige, damit diese sich insbesondere mit LKWs nicht festfahren.

Meter weit geschleudert werden können) sowie Auswirkungen auf die Tierwelt (insbesondere Vögel) aufgeführt werden.

Für uns betroffene Anwohner bedeuten die WKA in unserer unmittelbaren Nähe darüber hinaus, dass wir Tag und Nacht dem nervenden Lärm der Anlagen ausgesetzt sind. Wir müssen den unerträglichen Schattenschwurf und die visuellen Beeinträchtigungen durch die ständigen Bewegungen der Rotoren, die sich zudem in jedem Spiegel, jedem Fenster und jeder Pfütze spiegeln, ertragen. Auch gesundheitliche Auswirkungen durch den nicht hörbaren Infraschall sind nicht auszuschließen. Dies alles führt zu einer Minderung unserer Lebens- und Wohnqualität, die sich dann auch noch in einer starken Wertminderung unserer Grundstücke und Immobilien bemerkbar macht.

Es ist uns völlig unverständlich, dass wir Anwohner, die in einer Entfernung von 280 bis 400 Metern von den geplanten Anlagen wohnen, dies alles hinnehmen sollen, obwohl selbst der Anlagen-Hersteller Enercon einen Mindestabstand von 500 Metern zu dörflichen Siedlungen empfiehlt. Somit kommen wir, wie auch inzwischen ungefähr 800 weitere Bürgerinitiativen in Deutschland, zu dem Schluss, dass der Bau von Windkraftanlagen in der Nähe von Wohnbebauung verhindert werden muss. IG Windstille c/o Andreas Schröder

WNK – was tun die?

Die WNK hat in der letzten Zeit folgende Vorschläge in die kommunalpolitische Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse eingebracht:

- Detaillierte Untersuchung des Störfalles mit Fasern in der Realschule
- Motorradgerechter Ersatz der Leitpfosten entlang der K18 (Hilgen-Dabringhausen)
- Wiederbelebung der Lenkungsgruppe "Neue Steuerungsmodelle" und Erarbeitung eines Themenkatalogs zur Optimierung der Verwaltung
- Erweiterung der Öffnungszeiten für das Dhüner Freibad
- Flexible Öffnung von Freibädern und Hallenbad während Schlechtwetterperioden in den Sommerferien
- Sanierung/Ausbau der L80 (Bergisch-Born-Dreibäumen)
- Modernisierung der Zapfanlage im Foyer des Bürgerzentrums
- Verbesserung der Verkehrssituation in der Schillerstrasse
- Ordnung und Sicherheit in Wermelskirchen rb

Zuwanderung – Wer will sie eigentlich?

Was sich die Ministerpräsidenten im Frühjahr im Bundesrat zu diesem Gesetz geleistet haben, ist schon ein starkes Stück. Sowohl SPD wie auch CDU demonstrieren eindrücklich, dass bei Ihnen wieder einmal Parteiinteressen Vorrang vor dem Allgemeinwohl haben.

Dabei ist völlig nebensächlich, wie oft Herr Schönbohm "nein" gerufen hat, was unser rosa Bundesratspräsident Wowereit zurecht oder zuunrecht festgestellt hat; festzuhalten bleibt, dass das Interesse Deutschlands und seiner Bürger erneut mit Füßen getreten wird.

Dieser Artikel soll auch nicht weiter auf das Berliner Trauerspiel eingehen, sondern sich ausnahmsweise einmal mit den Inhalten des Themas und folgender Frage beschäftigen: Braucht Deutschland wirklich Zuwanderung – und dies darf nicht mit der Gewährung von Asyl verwechselt werden? Wer will Zuwanderung denn eigentlich? Zunächst einmal wollen sie SPD, GRÜNE und PDS, alle schon aus ideologischer Grundüberzeugung heraus. Dann die Geislers und Süßmuths der CDU, allesamt bekannt für ihren sozialromantischen Touch und nicht gerade der bürgerlichen Mitte der CDU angehörig. Weiter die Kirchen - nachvollziehbar, da es jedem Menschen der nach Deutschland kommt, hier besser geht als in seiner geschundenen Heimat. Zu guter letzt noch die Arbeitgeber, warum gerade sie?

Weil Zuwanderer billigere Arbeitskräfte als hiesige sind, damit steigen die Unternehmensgewinne - auch ein nachvollziehbares Motiv.

Eine Frage sei jedoch auch erlaubt: Wer fragt eigentlich uns? Bei wichtigen Entscheidungen dürfen unsere Nachbarn per Abstimmung votieren, so der Euroeinführung, der EU-Erweiterung etc. Nur wir Deutschen müssen die Entscheidungen einfach so über uns ergehen lassen. Vorsichtshalber fragt uns auch beim Thema Zuwanderung niemand, da die Herrschenden gleich welcher Couleur das deutliche Ergebnis bereits erahnen.

Grund hierfür ist, dass die Bevölkerung wesentlich näher an den Problemen ist als das "Raumschiff Berlin". Wer kümmert sich denn um die Arbeitslosen? Wie viele sind denn wirklich arbeitslos, wie viele arbeitslos-scheu? Was hilft es, wenn Herr Steuber im Großraum München 50.000 freie Stellen hat, die er mit Zuwanderern besetzen möchte? Auf diese Stelle gehören 50.000 Arbeitslose!

War vor 10 Jahren die Amtssprache im Bereich un- und angelernter, so doch nicht schlecht bezahlter Tätigkeiten türkisch, ist sie heute russisch. Diese Menschen sind sich nicht zu schade, für gutes Geld Arbeiten zu verrichten, für die sich deutsche Arbeitslose zu schade sind. Und dieser Trend hält an! Anstelle ihn jedoch zu stoppen oder

umzukehren, setzt man auf weitere Zuwanderung.

Auch wenn es hart klingen mag: zunächst einmal müssen alle vermittelbaren Arbeitslosen gezwungen werden, wieder eine Arbeit anzunehmen. Eine Verweigerung der Arbeitsleistung muss unverzüglich mit der kompromisslosen Kürzung der Leistungen auf den Sozialhilfessatz und darunter einhergehen. Leistungsverweigerung muss richtig weh tun! Nur so können die Sozialkassen entlastet werden, die Beiträge gesenkt werden und Kapital für einen nachhaltigen Aufschwung freigesetzt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass alle im Erwerbsleben stehenden für die Arbeitsunwilligen nicht unerhebliche Beträge vom Gehaltsstreifen abführen, Geld, das die Arbeitnehmer ehrlich verdient haben und das den privaten Haushalten fehlt.

Um nicht missverstanden zu werden: natürlich gibt es auch wirkliche Arbeitslose, die aufgrund ihres Alters, ihrer Branchenzugehörigkeit, ihrer Gesundheit große Probleme bei der Arbeitssuche haben. Doch bezogen auf die 4 Mio. Arbeitslose stellen sie sicherlich die Minderheit dar. Ihnen gilt es umso mehr zu helfen, wieder eine Beschäftigung zu finden. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, wie lange der betroffene Arbeitslose bereits in die Versicherung eingezahlt hat. hr

Irgendwie wird man den Eindruck nicht los, dass die Verkehrskommission zum kleinen Gabentisch für Wahlgeschenke der CDU/UWG unfunktionierte wird.

Der Bürgerwille ist ja leider aufgrund der dank tatkräftiger Mithilfe der Nichtwähler fast absoluten CDU-Mehrheit in Wermelskirchen nicht mehr gefragt: Bürgermeister = CDU, Baudezernent = CDU, Verkehrsingenieur = CDU !!! hh